

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



langsam beginnt die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes. Wir wollen Sie im Nachfolgenden über den **Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren**

unserer Partei **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** in Kenntnis setzen. Mit diesem Plan macht die Partei ein verbindliches Angebot an die Wählerinnen und Wähler. Er gibt eine klare und verbindliche Antwort darauf, wofür die Grünen stehen und wofür es uns Grüne braucht. Diese zehn Vorhaben entscheiden über die Zukunft unseres Landes. Sie sind der **Maßstab für eine Grüne Regierungsbeteiligung**.

Darüber hinaus wollen wir die Gelegenheit ergreifen, Sie außerdem noch über aktuelle Themen aus Röttenbach zu informieren, die – wie schon so häufig - schöne Lehrbeispiele für die Besonderheiten der Röttenbacher Kommunalpolitik sind.

Mit freundlichen Grüßen

Die Sprecher Claudia Rose und Stefan Fabry

### **Zehn Punkte für Grünes Regieren**

- 1. Klimaschutz voranbringen:** Wir steigen so aus der klimafeindlichen Kohle aus, dass wir die Klimaschutzziele und unser Ziel 100% Erneuerbare Energie im Strombereich bis 2030 einhalten.
- 2. E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen:** Wir wollen ab 2030 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen.
- 3. Landwirtschaft nachhaltig machen:** Wir schaffen die industrielle Massentierhaltung über die nächsten 20 Jahre ab und steigen auf eine Landwirtschaft ohne Ackergifte und Gentechnik um.
- 4. Europa zusammenführen:** Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren.
- 5. Familien stärken:** Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken Alleinerziehende.
- 6. Soziale Sicherheit schaffen:** Wir bauen die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung für alle um, beenden die Zwei-Klassen-Medizin und stabilisieren das Rentenniveau.
- 7. Integration zum Erfolg führen, Flüchtlinge schützen:** Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir wollen, dass anerkannte Flüchtlinge ihre Familien nachholen dürfen.
- 8. Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben:** Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird - egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird.
- 9. Freiheit sichern:** Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert. Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet ist.
- 10. Fluchtursachen bekämpfen:** Mit fairen Handelsabkommen stärken wir ökologische und soziale Standards weltweit.

## **Sanierung der Turnhalle in der Grundschule**

Die Generalsanierung unserer Grundschule - in mehreren Bauabschnitten geplant - erfolgte in den vergangenen Jahren erfolgreich bei laufendem Betrieb. Schwerpunkte waren bisher Aspekte des Bauunterhalts und die Anpassung an aktuelle sicherheitstechnische Standards. 2016 wurden u.a. die Baumaßnahmen für zusätzliche Brandschutzaufgaben mit Kosten in Höhe von rd. 600.000 € abgeschlossen.

2018 ist in einem weiteren Bauabschnitt die Turnhallensanierung geplant. Dabei soll die Turnhalle zu einer Versammlungsstätte ertüchtigt werden, was aufwendige Eingriffe in bestehende Konstruktionen, vorhandene Rettungswege und in den gerade erst neu erstellten Brandschutz erfordert. Es ist nicht nachvollziehbar, unmittelbar nach einer kostspieligen Sanierung des Brandschutzes das Rettungswegekonzept eines Gebäudes wieder zu ändern. Ebenso lässt sich weder mit schulischen Belangen noch den Anforderungen der Sportvereine die Ertüchtigung der Turnhalle zu einer Versammlungsstätte begründen, zumal die Vorschriften der Versammlungsstättenverordnung für Unterrichtsräume in allgemein- und berufsbildenden Schulen nicht zutreffend sind.

Es ist deshalb wohl anzunehmen, dass dem Konzept "Generalsanierung Grundschule" nachträglich der Ausbau der Turnhalle zu einer Versammlungsstätte aufgezwungen wurde und damit – wie so oft - Klientelpolitik vor das Wohl der Allgemeinheit gestellt werden soll. Mit der geplanten Konzeptänderung werden Steuergelder vernichtet, Interessenkonflikte hinsichtlich der zukünftigen Nutzung der Schulturnhalle vorprogrammiert und aus einer einfachen Sanierungsmaßnahme wird ein langwieriges Bauvorhaben gemacht. Die Bauzeit für den Umbau zu einer Versammlungsstätte und die dadurch bedingte Komplettsperrung der Turnhalle wird mindestens 10 Monate in Anspruch nehmen. Wo sollen 2018 Schul- und Vereinssport stattfinden? Hier ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

### **Wir GRÜNE fordern deshalb über Alternativen nachzudenken:**

Die Schulturnhalle ist durch den Schulsport und die Vereine gut ausgelastet und sollte nur als "Grundschulturnhalle" saniert werden, denn nur dieser Aspekt ist förderfähig. Das ist kostengünstig und wäre mit geringem Zeitaufwand - während der Sommerpause - machbar. Die dann frei werdenden Mittel sollten in ein Objekt investiert werden, das uneingeschränkt ganzjährig genutzt werden kann. Eine vollwertige Mehrzweckhalle würde das gesellschaftliche Leben in Röttenbach und im Landkreis bereichern und die Attraktivität der Gemeinde Röttenbach nachhaltig steigern.

Eine Möglichkeit wäre eine großzügige Erweiterung der Lohmühlhalle. Hier könnte eine Mehrzweckhalle mit fester Bühne entstehen, und so könnten beste Voraussetzungen für kulturelle oder gesellschaftliche Veranstaltungen - wie etwa Theater, Konzerte, Prunksitzungen, Tanzveranstaltungen, Jubiläen oder Feste - sowie Ausstellungen geschaffen werden. Vorteil dieses Standortes ist neben der sehr guten

Erschließung mit einem großen, in unmittelbarer Nähe vorhandenen Angebot an Parkmöglichkeiten auch die bereits bestehende Gastronomie.

Die Offenlegung der Kosten, insbesondere für die Ertüchtigung zur Versammlungsstätte und die erneuten Investitionen in den Brandschutz könnte weitere Impulse für alternative Planungsansätze geben. Beim Umbau der Lohmühlhalle wäre auch ein Architektenwettbewerb denkbar, um mit einem unverstellten Blick von außen zu optimalen Lösungen zu gelangen.

**Mut zu Alternativen ist gefragt, denn die Zukunft wird aus Mut gemacht!**

### **Musikschule Hemhofen: wie eine Institution zugrunde gerichtet wird**

Röttenbach hat ein neues Förderprogramm für die musikalische Unterrichtung unserer Kinder beschlossen, das den bisherigen gemeindlichen Zuschuss für den Betrieb der Musikschule Hemhofen ablösen soll. Das Förderprogramm wurde eingeführt, weil die Gemeinde Hemhofen eine notwendige Anhebung des Röttenbacher Zuschusses auf 70.000 € von bisher 25.000 € gefordert hat. Bei der Musikschule Hemhofen handelt es sich um eine öffentliche Musikschule, die - gemeinsam mit den anderen öffentlichen Musikschulen Bayerns – einen öffentlichen Auftrag für die bayerischen Kommunen und den Freistaat wahrnimmt. Die öffentlichen Musikschulen leisten in ihrem örtlichen Wirkungskreis einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Infrastruktur.

Öffentliche Musikschulen werden aus öffentlichen Haushalten unterstützt. In Hemhofen liegt der gemeindliche Zuschuss bei rd. 200.000 €. Durch ihre finanzielle Unterstützung bekennen sich die Kommunen zur kulturellen Bedeutung der öffentlichen Musikschulen für das Gemeinwesen und erkennen gleichzeitig an, dass öffentliche Musikschulen nicht kostendeckend arbeiten können. Bei der Musikschule Hemhofen liegt noch die Besonderheit vor, dass von den Schülern 38 % aus Röttenbach sind. Das heißt, dass 38 % des Zuschusses, d.h. rd. 78.000,-- Euro für die Musikschüler aus Röttenbach von der Gemeinde Hemhofen gezahlt wurde. Ein unzureichender Ausgleich sind da die 25.000,-- Euro gewesen, die die Gemeinde Röttenbach als Festzuschuss an Hemhofen gezahlt hat, damit die Röttenbacher Musikschüler den gleichen vergünstigten Tarif wie die Kinder aus Hemhofen in Anspruch nehmen konnten. Es bleibt also festzuhalten, dass Röttenbach seit vielen Jahren von der bisherigen Regelung überproportional profitiert hat und es jetzt an der Zeit gewesen wäre, einmal mit Hemhofen solidarisch zu sein.

Das vom Gemeinderat einstimmig beschlossene Fördermodell spricht eine andere Sprache. Es wird im wesentlichen nur dann ein Zuschuss gewährt, wenn das zu versteuernde Familieneinkommen unter den im Fördermodell festgesetzten Grenzwerten liegt; es ist deshalb nicht auszuschließen, dass es – abgesehen von der musikalischen Früherziehung - zu einer Abmeldewelle bei der Musikschule Hemhofen kommen wird, was für sie mittelfristig existenzbedrohend sein könnte. Die Profiteure dieser Entwicklung stehen schon bereit: es handelt sich hierbei um die private Music-Academy Langenzenn mit ihrer nächstgelegenen Dependence in Adelsdorf, der

die Gemeinde dann praktischerweise noch freie Räume im Röttenbacher Schulgebäude vermieten kann...

Verlierer neben unseren Kindern, die auf die Ausbildung auf hohem Niveau in Hemhofen verzichten müssen, sind auch noch die Musiklehrer der Musikschule Hemhofen, von denen dann einige auf der Straße stehen dürften. Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus! Zudem wurde vom Gemeinderat recht unverblümt dazu aufgerufen, die qualifizierten Musiklehrer der Musikschule Hemhofen privat zu engagieren, was wiederum die Geisteshaltung zeigt, sich zulasten Hemhofens einen Vorteil zu verschaffen, denn die Musikschule zahlt Sozialversicherungsbeiträge etc.

Die Musikschule Hemhofen muss weiter bestehen bleiben. Als mittelfristige Perspektive sollte geprüft werden, wie die Musikschulen in ERH vom Landkreis (via Kreisumlage) unterstützt werden können, so wie es bspw. schon im Landkreis Bamberg praktiziert wird. Hierfür werden wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen.

### **Ausgleichsflächen für neue Bauvorhaben**

Bayern, das sich gerne als Vorreiter in Sachen Umweltschutz gibt, ist Spitzenreiter beim Flächenverbrauch. Täglich werden im Freistaat 25 Fußballfelder verbaut. Laut Gesetz müssen dafür in entsprechendem Gegenwert Ausgleichsflächen geschaffen werden. Das gilt selbstverständlich auch für Bauvorhaben der Gemeinde Röttenbach. In der im Februar verteilten Hochglanzbroschüre "Röttenbach informiert" sind auf Seite 19 in Vogelperspektive unterschiedlich gefärbte Ausgleichs- und Ökokontoflächen dargestellt. Alle dargestellten Ausgleichsflächen müssten auch im zugehörigen amtlichen Kataster aufscheinen, das im Internet unter [www.lfu.bayern.de/natur/oekoflaechenkataster/downloads/index.htm](http://www.lfu.bayern.de/natur/oekoflaechenkataster/downloads/index.htm) einsehbar ist.

Eine Nachfrage beim Bayrischen Landesamt für Umwelt in Hof hat ergeben, dass der aktuelle Stand der Eintragungen offensichtlich unvollständig ist. Beispielsweise fehlen die Eintragungen der Ausgleichsflächen für die Baugebiete Bucher Weg III und IV. Dies wirft die Frage auf, wo diese Ausgleichsflächen einsehbar sind? Gleiches gilt für das derzeit von der Gemeinde in Planung befindliche Baugebiet im Westen Röttenbachs. Wie die Presse im Januar 2017 berichtete, "ist das Ökokonto der Gemeinde Röttenbach mit dem neuen Baugebiet leergeräumt". Wünschenswert wäre es zu wissen, wo sich die zugehörigen Ausgleichsflächen befinden werden und welche landschaftspflegerischen Maßnahmen durchgeführt werden bzw. noch vorgesehen sind, und dies umso mehr im Hinblick auf die Ankündigung der Gemeinde, dass für 2017 der Ankauf einer weiteren Fläche von 4.000 qm zu Ausgleichszwecken geplant sei. Wofür ist diese Fläche vorgesehen? Stehen noch Planungen zu weiteren Baugebieten am Horizont?